

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpf., bei Lieferung frei Haus 55 Rpf. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heftenteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderbezug und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. XII: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 18

Sonnabend, den 22. Januar 1938

90. Jahrgang

Die neue Regierung vor der Kammer

Nur eine Stimme gegen Chautemps

Annahme der Vertrauenserklärung

Die Abstimmung in der Kammer für die vom Ministerpräsident Chautemps gestellte Vertrauensfrage über die von den Volksfrontfraktionen eingebrachte Entschließung ergab eine Mehrheit von 501 zu einer Stimme.

Die von der Kammer angenommene Vertrauenserklärung für die Regierung Chautemps hat folgenden Wortlaut: „Die Kammer billigt die Erklärung der Regierung, deren Programm des sozialen Fortschritts, der wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufrichtung, des Friedens und der Verteidigung des Regimes sowie der republikanischen Freiheiten dem durch die allgemeinen Wahlen ausgedrückten Volkswillen entspricht. Die Kammer vertraut der Regierung, daß sie die Durchführung dieses Programms sichert und geht zur Tagesordnung über.“

In Kammer wie Senat hat die Regierungserklärung gute Aufnahme gefunden.

In der allgemeinen Kammerausprache, die sich an die Regierungserklärung Chautemps angeschlossen, sprach zuerst der Abgeordnete Bergery. Er betonte gleich zu Beginn seiner Ausführungen, daß er zum erstenmal gegen eine Regierung der Volksfront stimmen werde. Chautemps, von dem er nicht glaube, daß er seine Ziele verwirklichen könne, habe versucht, sich aus der Vormundschaft Moustaus zu befreien, was er ihm nicht vorwerfen werde. Nun würde er aber um so mehr unter die Vormundschaft der Banken geraten. Auf dem Schicksalswege Frankreichs gebe es nur zwei Möglichkeiten, die einer Parteipolitik und die einer wirklichen nationalen Eingung. In der Kammer aber betreibe man eine Politik, die außerhalb dieser Möglichkeiten liege. Ein Frankreich müsse werden, das befreit sei von allen inneren Tyrannen und von allen ausländischen Einflüssen.

Der Kommunist Renaud Jean warf dem Senat vor, eine Reihe von Reformen für die französische Bauernschaft zu verzögern. Der Abgeordnete Crehjel (französische Sozialpartei) betonte, die einzige Lösung zur Verwirklichung einer nationalen Sammlung sei die Ausschreibung von Neuwahlen.

Die französische Kammer nahm die Programmklärung der neuen Regierung Chautemps entgegen. In der Regierungserklärung heißt es u. a.:

Die Regierung sei gebildet worden, um einer politischen Krise ein Ende zu bereiten, deren Dauer und Verwirrung erste Überlegung forderte. Die Krise sei nicht aus doktrinärer Uneinigkeit zwischen den Mitgliedern des vergangenen Kabinetts über die Sozialpolitik hervorgegangen, die sie im Gegenteil einander nähergebracht habe, sondern aus der Schwierigkeit, die gerechten Wünsche des Volkes mit den obersten Forderungen des Staatsinteresses zu vereinbaren. Die Volksfront habe die doppelte Bedeutung eines entschlossenen Willens der republikanischen Verteidigung und eines tiefen Wunsches nach sozialem Frieden.

Die verbrecherischen Unternehmen, die kürzlich aufgedeckt worden seien, bewiesen, daß der Geist des Hasses noch nicht abgeräumt habe. Die Regierung sei entschlossen, alle Schuldigen zu entlarven und sie rücksichtslos der Strafe des Gesetzes zu unterwerfen. Gegen alle Unordnung, gegen alle Umstürzung und gegen die verdächtigen Handlungen gewisser Ausländer müsse die entschlossene Anwendung des republikanischen Gesetzes die öffentliche Ruhe, die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Vaterlandes garantieren.

Es sei zu gleicher Zeit notwendig, die volle Gewähr dafür zu geben, daß die sozialen Vorteile nicht angetastet würden. Weit davon entfernt, die bereits verwirklichten Reformen einzuschränken oder zu beschneiden, müßten sie dem nationalen Leben angepaßt werden. Das Werk des demokratischen Fortschritts müsse einen immer fester werdenden Willen nach Ordnung und zivilem Frieden enthalten. In diesem Geist werde die Regierung am nächsten Dienstag einen Vorschlag über die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern unterbreiten.

Wenn die Regierung entschlossen sei, von allen Bürgern die Achtung der Abmachungen, der Gesetze und der öffentlichen Ordnung zu fordern, so könne und wolle sie dies nur in einem Regime der sozialen Gerechtigkeit tun, das jedem

Bürger die Gewißheit gebe, sein Recht liegen zu lassen, und das Gewaltmaßnahmen unentschuldig mache.

Angesündigt werden weiter ein Gesetzesentwurf zugunsten der Arbeitsinvaliden sowie Vorläufe, die sich auf die Presse, das politische Regime in Algerien, die Ausländer und die Schulreform beziehen, oder die darauf hinauslaufen, den Bauern den Schutz angedeihen zu lassen, der ihrer fruchtbringenden Arbeit gebührt.

Ein fest begründetes finanzielles Gefühl sei eine Bürgschaft sowohl für die Unabhängigkeit des Regimes, als auch für die Sicherheit des Landes. Es müßte deshalb mit Unterstützung des Parlaments die formelle Verpflichtung erneuert werden, über die Verbehalten des Haushaltsausgleichs und die energische Verteidigung der Währung im Rahmen der Währungsfreiheiten und des Dreierabkommens mit den angelsächsischen Demokratien zu wachen. Namentlich sei auch, das Tempo der Erzeugung zu beschleunigen, den Widerstand gegen die Erhöhung der Lebenshaltungskosten zu verstärken, die bedauerliche Zunahme der Arbeitslosen abzustopfen und den beunruhigenden Unterschub der Handelsbilanz zu vermindern.

Die Fortsetzung der gleichen Aktion wie die der vorausgegangenen Regierungen, die auch das wesentliche Kennzeichen der jetzigen Regierung sei, werde sich ebenfalls durch die Weiterführung ihrer Außenpolitik kundtun. Sie sei begründet auf der Treue Frankreichs zur Genfer Liga. Die Regierung werde keine Anstrengung unterlassen, um das Vertrauen und den Willen der Völker wieder zu befehlen, die Genü treu bleiben wollten. Die Regierung werde zugleich auch

die Aufgabe haben, die Genfer Liga mit den alltäglichen Schwierigkeiten im Einklang zu bringen, auf die der beharrliche Wille zur Aufrechterhaltung und Geltung des Friedens stütze. Bis die Regierungen begriffen, daß sie die Pflicht hätten, ein Betrüben abzustopfen, das die Völker zum Ruin und zum Krieg führe, liege die erste Bürgschaft der französischen Sicherheit in einer hart untermauerten Landesverteidigung.

„Frankreich“, so erklärte Chautemps weiter, „bleibt dem gemeinsamen Ideal treu, das es mit den großen Demokratien verbindet, vor allem der so vollständigen Entente, die es herzlich mit Großbritannien vereint. Es bleibt seinen überlieferten Bündnissen und Freundschaften ergeben. Es ist entschlossen, alle Völker, die es mit befreundeten Nationen hat, aufrechtzuerhalten und zu achten, und Frankreich hat zugleich den richtigen Willen, mit allen Staaten normale und friedliche Beziehungen zu unterhalten und zu fördern und dabei mit diesen durch eine gegenseitige Anstrengung des Verständnisses lokal ein Verständigungsgebiet zu suchen. Frankreich ist entschlossen, nicht auf die wesentlichen Grundsätze zu verzichten, die seit langem seine außenpolitische Tätigkeit begründeten. Es will überall und stets im Dienste des Friedens stehen.“

Zum Schluß gibt die Erklärung der Hoffnung Ausdruck, daß sich im Lande unter der Autorität des Parlamentes um ein „beherztes Programm sozialer und wirtschaftlicher Erneuerung“ eine „Atmosphäre der Arbeit, der freiwilligen Disziplin und der bürgerlichen Eintracht“ entwickelt.

Die Jugoslawen in München

Reichsstatthalter von Epp begrüßte den Ministerpräsidenten

Der jugoslawische Ministerpräsident Dr. Stojadinowitsch traf mit seiner Gattin zu einem Besuch in der Hauptstadt der Bewegung ein. Zu seinem Empfang hatten sich die Spitzen von Partei und Staat eingefunden. Außerdem waren zur Begrüßung die 16 jugoslawischen Journalisten mit dem jugoslawischen Presseschef Antonowitsch erschienen. Reichsstatthalter von Epp hieß den jugoslawischen Ministerpräsidenten und dessen Gattin herzlich willkommen. Durch den Fürstentafel besaßen sich die jugoslawischen Gäste vor den Südbau des Hauptbahnhofes, wo sie von einer großen Menschenmenge mit lebhaften Heirufen begrüßt wurden.

Seinen ersten Besuch stattete Dr. Stojadinowitsch den Ehrenempfehlern am königlichen Hof ab, nachdem er vor dem Braunen Haus von Reichschatzmeister Schwarz in Anwesenheit des Reichsstatthalters General Ritter von Epp, des Gauleiters Wagner und des Staatssekretärs Generalmajor Hoffmann begrüßt worden war. Zu der feierlichen Ehrung der nationalsozialistischen Freiheitskämpfer durch den jugoslawischen Staatsmann waren zwei Ehrenkompanien der 4. Verfügungstruppe der Standarte „Deutschland“ angetreten. Unter den Klängen des Musikzuges der 4. Standarte „Deutschland“ legte Dr. Stojadinowitsch einen Lorbeerkranz mit den jugoslawischen Landesfarben und der Schleifenaufschrift: „Dr. Milan Stojadinowitsch, Vorsitzender des Ministerrates und Außenminister des Königreiches Jugoslawien“ nieder. Darauf schritt der Ministerpräsident die Front der Ehrenkompanien ab und besichtigte anschließend das Braune Haus, den Führer- und den Verwaltungsbau der NSDAP, sowie im Hofe des Verwaltungsbaues einen Unterzug des Reichsauzugs „Deutschland“.

Reichsstatthalter Ritter v. Epp gab zu Ehren des jugoslawischen Ministerpräsidenten Dr. Stojadinowitsch und seiner Gattin ein Frühstück. Es sei ihm eine besondere Freude, so betonte Reichsstatthalter Ritter von Epp, die Gäste am Schluß ihrer Reise auch noch in der Hauptstadt der Bewegung begrüßen zu können. München, die Wiege des Nationalsozialismus, zeige markante Proben des deutschen Aufbauwillens. Zwischen Jugoslawien und dem Süden des Deutschen Reiches bestünden enge, gleichsam von der Natur gegebene Zusammenhänge. Diese von alters her bestehenden wirtschaftlichen, kulturellen und vo-

luntischen Wechselbeziehungen gelte es zu erhalten und auszubauen.

Ministerpräsident Dr. Stojadinowitsch gab seiner Freude darüber Ausdruck, wieder in München zu sein, wo er als Student in froher Jugend Zeiten erfrühter Arbeit verbracht habe. Besondere Anerkennung müsse er dem Wunder zollen, daß sich auch in München nach dem großen Wandel der deutschen Dinge vollzogen habe. Neben dem ihm so vertrauten und lieb gewordenen Alt-München sei ein neues monumentales München entstanden, das Bewunderung abnötige.

Zu der Besichtigung der Parteibauten, die Dr. Stojadinowitsch sichtlich stark beeindruckt hatten, ist noch nachzutragen, daß Dr. Stojadinowitsch den Reichschatzmeister Schwarz zu dem stolzen organisatorischen und baulichen Werk der NSDAP in der Hauptstadt der Bewegung beglückwünscht hat.

Rückgabe einer Kiste an Stojadinowitsch

Beim Besuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten Dr. Stojadinowitsch in Düsseldorf überreichte der jugoslawische Generalkonsul Pantitsch Dr. Stojadinowitsch eine aus dem frühen Mittelalter stammende Kiste einer altchristlichen Klosterkirche. Ein kunstvoller deutscher Offizier hatte die Kiste, eine kostbare Arbeit, im Weltkrieg aus einer zerstörten Klosterkirche im Barbaral gerettet. Der Koffer, in dem die Statue aufbewahrt wurde, ging bei einer Brückensprengung verloren, wurde aber später von dem Offizier wiedergefunden.

Schulschiff „Schlesien“ in Chile

Kranzniederlegung am Ehrenmal der Falland-Gefallenen. Magellanes, die südlichste Stadt der Erde, hat aus Anlaß des deutschen Schulschiffbesuches ein Festkleid angelegt. Überall weht auf den Gebäuden die deutsche und die chilenische Flagge. Viele Häuser der jetzt 85-jährigen Landeshauptstadt an der wichtigen Meeresstraße zwischen Patagonien und dem unwirklichen Feuerland sind zu Ehren der deutschen Seeleute reich geschmückt.

